

## Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion

### Ortsumgehungsstraße für Bernau endlich realisieren!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, die Realisierung einer weiträumigen Ortsumgehung der Stadt Bernau bei Berlin im Landesstraßenbedarfsplan mit erhöhter Priorität zu prüfen und dem Ausschuss für Infrastruktur und Landeplanung im 1. Quartal 2022 zu berichten.

#### Begründung:

Der Landesstraßenbedarfsplan soll die tatsächlichen Bedarfe an Netzergänzungen, Ortsumgehungen und Anschlussstellen abbilden. Dabei ist einerseits klar, dass dieser immer unter einem Haushaltsvorbehalt steht, andererseits aber auch so flexibel sein muss, dass er auf eingetretene Bevölkerungs- bzw. Siedlungsentwicklungen reagiert.

So wird mindestens seit der Wende in Bernau um die Realisierung einer Ortsumgehungsstraße gerungen. Hierbei wurden insbesondere in den 90er Jahren verschiedene Möglichkeiten erörtert, jedoch nie konkret umgesetzt.

Aufgrund der Bevölkerungs- und damit einhergehenden Verkehrsentwicklung in der Stadt erscheint das aktuelle Straßennetz als nicht ausreichend. Die derzeitige Ortsdurchfahrt gleicht mit ihrer Beschaffenheit einem Nadelöhr. Bei der achtgrößten Stadt Brandenburgs mit mittlerweile über 40.000 Einwohnern wird es zunehmend unerträglich, dass der überörtliche Verkehr regelmäßig durch die Innenstadt geführt werden muss. Die Folge sind nicht nur Staus auf diesen, sondern auch den querenden Achsen. So sind in der Straßenverkehrsprognose 2030 (erstellt im Jahr 2018) für die L200 und die L30 bis zu 11.000 Kfz je 24 Stunden prognostiziert, was angesichts der innerörtlichen Lage Veränderungsbedarfe nach sich zieht.

Zwar ist bereits im Landesstraßenbedarfsplan 2010 eine Ortsumgehungsstraße für Bernau vorgesehen. Doch der seinerzeitige Vorschlag einer „kurzen Umgehung“ von der L314 ausgehend südlich des S-Bahndammes bis zur L200 ist bei Weitem nicht ausreichend. Die im Bau befindliche Ladestraße führt zu einer gewissen Entlastung, vermag aber nicht den überörtlichen Durchgangsverkehr aus der Stadt herauszuleiten. Im Übrigen wird diese kommunal finanziert, während der Bedarf nach Realisierung einer weiträumigen Umfahrung Aufgabe des Landes ist. Aufgrund des gerade seit 2010 zugenommenen Zuzugs samt Ausweisung weiterer Baugebiete ist mit einem baldigen Anstieg der Bevölkerung auf 50.000 Einwohner zu rechnen. Die städtische Verdichtung nimmt in einer rasanten Art und Weise zu.

Die Landesregierung selbst legt bei der Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans die Förderung einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsstruktur sowie die Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer als Ziele zugrunde. Es liegt auf der Hand, dass die durch den sich verdichtenden Verkehr erfolgende Schadstoffemissionszunahme in der Bernauer Innenstadt sowie die durch die zusätzlichen Wohngebiete entstehenden, durch die Innenstadt führenden Verkehrswegebeziehungen diesen Zielbestimmungen nicht gerecht werden.

Deswegen muss eine Ortsumgehungsstraße für Bernau großräumiger geplant werden. Dabei liegen Streckenführungsvorschläge vor, die trotz ihrer Weiträumigkeit vergleichsweise geringe Umweltauswirkungen nach sich ziehen. Schon am 22.05.2019 antwortete die Landesregierung auf Frage 57 der Großen Anfrage Nr. 36 (Drucksache 6/11439), dass die Überprüfung des Landesstraßenbedarfsplans für die kommende (also die nun laufende) Wahlperiode geplant sei. Am 06.04.2021 teilte die Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 1150 (Drucksache 7/3322) mit, dass für Bernau verschiedene Varianten einer Ortsumgehung untersucht werden würden.

Der Bedarf nach einer entsprechenden, möglichst weiträumigen Lösung ist daher unstreitig gegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung Bernau hat in ihrer Sitzung am 25.03.2021 mit breiter, überparteilicher Mehrheit einen Beschluss gefasst, die Landesregierung im Wege einer Resolution zu bitten, den Bedarf nach Realisierung einer weiträumigen Ortsumgehungsstraße anzuerkennen und entsprechend im Landesstraßenbedarfsplan zu priorisieren.

Natürlich sind viele weitere Projekte im Landesstraßenbedarfsplan zu berücksichtigen. Doch kann und muss Bernau davon ausgehen, dass den gewachsenen Bedürfnissen der Stadt im Hinblick auf die Realisierung von Verkehrsinfrastruktur rechtzeitig Rechnung getragen und das Land hierbei seiner Verantwortung gerecht wird.